

Gesprächsnotizen zum Treffen des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen gegen den Suedlink (BBgS) und dem Bürgerdialog Stromnetz (BDS)

Ort: Kassel

Datum: 18.5.2016

Anwesend: Guntram Ziepel (BBgS), Maria Quanz (BBgS), Joachim Lück (BDS), Tim Wiewiorra (BDS), Mikiya Heise (BDS)

1) Tagesordnung und Vorstellungsrunde

Die Anwesenden stellten sich und ihre Funktion kurz vor.

Verständigung: allen ist an einer konstruktiven Auseinandersetzung gelegen, die trotz bestehender Interessenskonflikten fair verlaufen soll, um Möglichkeiten einer ergänzenden und konstruktiven Kooperation zwischen dem Bundesverband der Bürgerinitiativen (BBgS) und dem Bürgerdialog Stromnetz (BDS) zu erörtern.

Klärung: Zusammensetzung des BDS-Konsortiums und Funktionen der Konsortialpartner (DUH Umweltschutz Service GmbH, IKU – Die Dialoggestalter GmbH und Hirschen Group GmbH), Erläuterung der unterschiedlichen Arbeitspakete und inhaltlichen Zuständigkeiten. Ansprechpartner des BDS sind in erster Linie Julia Spönemann (Projektleiterin) oder Mikiya Heise (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit).

Klärung: Dr. Peter Ahmels ist stellvertretender Projektleiter des BDS und tritt – aufgrund seiner langjährigen Erfahrung im Bereich Erneuerbare Energien – auch als Experte für den BDS auf. Da er neben dieser Tätigkeit auch Aufgaben für die DUH übernimmt, ist eine Differenzierung je nach Situation erforderlich.

Klärung: Trotz der Förderung durch das BMWi agiert und kommuniziert der BDS eigenverantwortlich. Gleichwohl bildet der gesetzlich festgestellte Bedarf für einen Ausbau des Stromnetzes für den BDS die maßgebliche Grundlage.

Klärung: Der Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen SuedLink (BBgS) ist gegen den SuedLink, weil die Mitglieder des BBgS in ihm – genauso wie die anderen HGÜ-Trassen – eine Gefährdung der Energiewende sehen. Der BBgS vertritt die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern für einen verantwortungsvollen, bedarfsgerechten und bürgerfreundlichen Stromnetzausbau – ohne HGÜ-Technik – im Sinne einer erfolgreichen Energiewende.

2) Offene Debatte entlang des Schreibens des BBgS vom 3.3.2016

Feststellung: Sowohl BDS wie auch BBgS haben ein gemeinsames Ziel: eine möglichst breit geführte Diskussion über die Energiewende und den Ausbau der

Stromnetze. Deshalb sollte es möglich sein, gemeinsame Maßnahmen zu entwickeln, um Bürgerinnen und Bürger zu informieren bzw. informierte Entscheidungen zu ermöglichen.

Gemeinsam sollte über die Frage diskutiert werden, wie es gelingen kann, dass mehr Bürgerinnen und Bürger noch besser als bisher informiert werden? Wie können BBgS und BDS die Diskussion so gestalten, dass die mitunter komplexen Sachverhalte für die Öffentlichkeit händelbar werden?

Anmerkung BBgS: Eine Fokussierung auf nur das Stromnetz sei zu eng, dieses sei abhängiger Teilaspekt der Energiewende. Der Auftrag des Bürgerdialog Stromnetz sei somit zu eng gefasst, die Kommunikation dürfe sich nicht nur um die HGÜ-Technik drehen, sondern müsse auch bspw. den Ausbau der Verteilnetze bis zur Steckdose in Betracht ziehen. Die Energiewende bzgl. Strom aus erneuerbaren Energien finde im Verteilnetz, nicht im Übertragungsnetz statt. Auch darüber müsse diskutiert und informiert werden. Antwort BDS: HGÜ-Technik steht zwar im Mittelpunkt der öffentlichen und insbesondere überregionalen Wahrnehmung, ist aber nur ein Teilaspekt in der täglichen Kommunikation des BDS, in der auch Verteilnetze und eine Vielzahl regionaler und lokaler Fragestellungen zum Netzausbau bearbeitet werden. Auch die größeren Zusammenhänge der Energiewende waren und sind Thema im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern.

Gemeinsam wurde festgestellt, dass bspw. die Berechnung und Begründung des Bedarfs (Versorgungssicherheit/Erzeugung/Speicherung/Transport/Stromhandel) transparenter gemacht werden müsste.

Die Kritik des BBgS an den Veranstaltungen des BDS zielt in erster Linie darauf, dass nicht alle Positionen zum Thema dargestellt würden. Der BDS stellte klar, dass man hier grundsätzlich dasselbe Ziel verfolge: möglichst ausgewogene Veranstaltungen, auf denen möglichst alle Positionen zur Sprache kommen. Der BDS machte auf das praktische Problem aufmerksam, dass es bei einer hohen Schlagzahl von Veranstaltungen und einem begrenzten Pool von Experten nicht immer möglich sei, alle Parteien an einen Tisch bekommen. Hier bot der BBgS an, weitere Referenten vorzuschlagen und die Teilnahme bestimmter Akteure mit politischem Druck einzufordern.

Der BBgS forderte zudem eine bessere Nachbereitung von Veranstaltungen, indem Ergebnisse, offene Fragen und Themen festgehalten und weiterbearbeitet würden. Der BDS dokumentiert diese Veranstaltungen umfassend online, eine Liste offener Themen wird gepflegt. Der BDS prüft die nachbereitende Beantwortung offengebliebener Fragen.

Kritik des BBgS: Der BDS nehme seiner Mittlerfunktion zwischen BBgS bzw. Bürgerinnen und Bürgern und dem BMWi nur unzureichend wahr. Wie könne eine effektive politische Rückkopplung gesichert? Antwort des BDS: BDS ist kein Mittler

zwischen BMWi und Bürgerinnen und Bürgern, Statements aus dem Ministerium müssten die BIs einfordern.

3) Regionalnetzwerke

Forderung BBgS: Bezogen auf das Thema oder Format müsse die Einladungspolitik trennschärfer transparent gemacht werden.

Antwort BDS: Die Regionalnetzwerke sind nicht thematisch, sondern regional angelegt, um in einem überschaubaren Rahmen die Repräsentanz aller relevanten Akteure einer Region ein gegenseitiges Kennenlernen und Austausch zu ermöglichen.

4) Möglichkeiten für Kooperationen

- Vorschlag BDS: Dialogforum „Dezentrale Energiewende“ (Konzeptpapier liegt BBgS vor), evtl. in der Folge ein weiteres, gemeinsam gestaltetes Dialogforum.
- Vorschlag BDS: eine größere gemeinsame Veranstaltung, bspw. zum Thema „Verteilnetze“ und Übertragungsnetzausbau?
- Vorschlag BDS: Fragebogen zum Thema Wahrnehmung der Dialogkultur von BIs und Anderen.
- Vorschlag BBgS: Formate müssen immer den Dialogcharakter haben, mindestens pro und contra.
- Vorschlag BBgS: Faktencheck, nicht durch eine Person oder ein Ministerium, sondern am Besten durch ein unabhängiges wissenschaftliches Institut (vgl. DIW, Fraunhofer, IASS, etc.) und dann kommentiert von einem Ministerium. Einwand BDS: Diese Maßnahme richtet sich an Experten, nicht an die Zielgruppe der (eher wenig) informierten Bürgerinnen und Bürger. Wer soll die Kosten für einen Faktencheck durch wissenschaftliche Institute tragen, wer wählt diese aus?
- Empfehlung BBgS: BDS solle seine Aktivität den übergeordneten Zielen der Energiewende zuordnen: Erzeugen, Transportieren, Speichern, Verbrauchen, Sparen.

5) Fazit

Einvernehmliche Feststellung: Es wurde eine gute Gesprächsgrundlage geschaffen. Weiterer Austausch (Juli 2016) soll über das Bürgerbüro Kassel koordiniert werden.